

Veranstaltungen
11. Mai, 682. Neujahr. Dresden.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Grosse Auswahl
aller Arten sinniger und praktischer Geschenke zu Hochzeiten, Geburtstagen und sonstigen Fest-Feierlichkeiten etc. etc. in gediegener Bronze, Culvre-poll, Terracotten und Majoliken etc.
Bestellungen nach Ordre.
Fr. Pachtmann,
Schlossstr. 30 b.

Basisseife nach Dr. Unna,
mildeste Seife für Kinder. Stück 50 Pf.
Agl. Hofapotheke Dresden,
am Georgenthor.

weiss Gardinen weiss
crème crème
grösstes Lager Dresdens, empfiehlt zu Fabrikpreisen im Einzelnen, Rester zu 1-4 Fenster passend, zu Garnpreisen die Gardinen-Fabrik von Ed. Doss aus Auerbach i. Vogtl. Verkauf: Dresden, Waisenhausstr. 25, i. Hause d. Victoria-Salons.

Combinirbare Rundreisebillets
werden zusammengestellt und vermittelt durch den „Invalidendank“
Dresden, Seestr. 20, I.

Prof. Jäger's Normal-Schlaf- u. Reise-Decken, sowie sämtliche **Normal-Jean Schieme Nachf.,** Artikel empfiehlt
Neustädter Rathhaus.

Nr. 146. 31. Jahrgang. Auflage: 42,000 Expl.

Witterungs-Bericht für den 26. Mai: Behauptung von milderer Wärme, bei durchschnittlich milderer Bewölkung, mit zeitweiligen heftigen Stürmen. Temperatur wenig verändert.

Dresden, 1886. Mittwoch, 26. Mai.

Für den Monat Juni

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten“ in der Expedition, Marienstraße Nr. 13, zu 90 Pfennigen, für auswärts bei den Kaiserl. Postämtern im deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in der Posterei-Ungar. Monarchie zu 77 Kr. excl. Abg. schuldig angenommen.

Verantwortlicher Redakteur für Politisches Dr. Emil Bieren in Dresden.

Die Weltgeschichte hat ihren Geschichtsschreiber verloren: Leopold von Ranke ist gestorben. Mit ihm erlischt der bedeutendste Meister der Geschichtswissenschaft, den Deutschland hervorgebracht hat. Mit nahezu wunderbarer Schöpfungskraft war dieser gelehrte Geist ausgestattet. Mit jugendlichem Feuer war vor 10 Jahren der Stübchen-Geschichte entgegen, sein fruchtbares „Wissen“ durch Abfassung einer „Weltgeschichte“ zu frönen. Er hoffte, diese Werk bis zum Abschluss zu führen. Bis zum 6. Bande war seine Weltgeschichte geschrieben; da fällt der Tod auch über die wichtige Epoche im Nimmermunde deutscher Wissenschaft. Leopold von Ranke, im seinem 91. Lebensjahre noch die Ehre einer Auszeichnung seiner preussischen Thronfolge; Leopold von Ranke hat, nachdem er das 90. Lebensjahr überschritten, in tätiger Kraft zu dem Werke gearbeitet, welches den Vorhang vor den weltgeschichtlichen Tritten aufrollte. Die Vorzüge des Geschichtsschreibers und „Leopold von Ranke“ sind allbekannt, sie finden sich in seinen hundertjährigen Werken. Er ist der Begründer der deutschen Geschichtswissenschaft. Mit Reife und Kraft wachte er, die ganze Menschheit bewegenden Strömungen zu verstehen und zu schildern; von Fleiß und Schaffenskraft im Aufsuchen und Benutzen des Quellenmaterials war außerordentlich, vor Allem zielt ihm aber Unbefangenes und Unparteilichkeit. Ein weiterer, durch seine Nebenwirkungen bewogter Gesichtspunkt war ihm eigen; die Geschichte einzelner Völker und die Geschichte ganzer Völker sah er stets im Zusammenhang mit der ganzen Weltgeschichte auf. Von nationalen und religiösen Gefühlen und Stimmungen wachte sich Ranke, wenn er Geschichte schrieb, frei; sein höchster Ruhm war unerschütterliche Wahrhaftigkeit. Dies hinderte keine Werke oft, Begeisterung im Leser zu erwecken; aber der Leser erhält das Bewusstsein, daß ihm Ranke die reinste Wahrheit, soweit sie mit menschlichem Auge und wissenschaftlichem Geiste zu ermitteln war, vorführt. Erwähnen wir nur noch, daß Ranke auch in der Darstellung darauf bedacht war, Kunstwerke zu schaffen, so vertritt sich die Trauer, die bei dem Ableben eines so edlen Betreters deutscher Wissenschaft jedes patriotische Herz empfinden muß.

Was nun bei den Verhandlungen über die Brauntweinsteuer vor-her herabzufragen? Der erste Tag der Verhandlungen hat bisher keine Gewissheit gebracht. Denn die Vereinbarung der Vorarbeiten an eine Sachverständigen-Kommission, womit die erste Stellung enden und, bedeutend keine Entscheidung. Man hatte erwartet, daß der Abg. Lindhorst Namens des Centrums geforderte Erklärungen abgeben würde, wie sich diese ausschlaggebende Partei zu der Brauntweinsteuerfrage stellen würde. Diese Erwartung wurde nur zu einem geringen Theile erfüllt. Nach wie vor ist das Centrum der entscheidende Gegner eines Spiritus-Monopols. Es wird unter keinen Umständen etwas bewilligen, „was die Monopol-Vorlage wieder ins Leben rufen könnte.“ Nun bezieht sich aber die Meinung, daß die gegenwärtig eingebrachten Brauntweinsteuer-Vorlagen nicht mehr der Natur des Monopols, sondern vielmehr die Vorläufer derselben sein sollen. Die Motive zu den Vorlagen werden ich-entlichliche Rücksicht nach dem Monopol, der Finanzminister v. Scholz hat nicht immer wieder von demselben und man glaubt, daß man-liches Wandel in die neuen Vorlagen absichtlich gebracht seien, um für das Monopol Stimmung zu machen. So ist es auffällig, daß die Vorlagen keine Verordnungen treffen, daß der Spiritus, der zum menschlichen Genuß kommt, seiner gesundheitsgefährlichen Eigenschaften entzogen (entzweit) wird. Letzteres war fast der einzige Vorzug des Monopols. Die Gründe, die der Finanzminister v. Scholz für den gegenwärtigen Mangel ähnlicher Verordnungen anführt, waren sehr überzeugend. Vielleicht kann man bei der Kom-missions-Berathung diesen und anderen angänglichen Fehlern der neuen Vorlage abhelfen; ob es aber gelingt, ein auf die Dauer sicheres Gesetz fertig zu stellen, ist mehr als zweifelhaft. Winder-schütz sprach davon, eine Art Nothgesetz zu verabschieden. Es ist erachtlich, daß der Centrumsführer sich nicht auf den bloßen ver-zerrten Standpunkt Eugen Richters stellt. Letzterer ist schon deshalb gegen die Vorlage, weil sie von der Regierung ausgeht. Er weist dabei, daß auch die Fortschrittspartei früher wiederholt die Brauntweinsteuer als ein sich vorrangig zur Verbesserung eignendes Gesetz bezeichnet hat. Das haben überhaupt alle Parteien ohne eine Ausnahme gethan. Eugen Richter bekommt freilich, wenn er von Parteigenossen genommen werden soll, kalte Ähre. Wenn vollends eine Vorlage eingebracht wird, die der Landwirthschaftliche Erleichterungen enthält, die schon längere Zeit vor dem Reichstag von Richter's von ihm. Der ganze Grundbesitz muß eben leistungsfähig gemacht und dem Bauer zurückgeführt werden, damit die alten Freunde Eignes, die Berliner Grundbesitzer, mit ihren Geldmitteln kommen und die Arbeit erheben können. Eine übermäßige Begünstigung des Grundbesitzenden ist auch nicht nach unserem Ge-sinnung; aber wir verhehlen nicht die Augen vor der That-sache, daß in einem großen Theile Deutschlands sich die Landwirthschaft nicht mehr auf dem Vorrückwege befindet und daß eine Befreiung der Brauntweinsteuer einen erheblichen Theil der Landwirthschaft und land-wirthschaftlichen Arbeiter Deutschlands in eine entsetzliche Lage bringen und die Landeswohlthat in höchsten Maße schädigen würde. Man halte sich daran, daß jene deutschen Gegenden seit Jahrhunderten beherrscht durch einen ungemessenen Ertrag ihrer Land-wirthschaft in den Stand gelangt sind, dem deutschen Reich soviel Material an Eisen zu gewähren, als dasselbe bedurfte, um das Eisen-erz in seiner vielbewehrten Höhe, Trefflichkeit und Schmelz-barkeit zu bringen. Auch Winder-schütz ist der Meinung, daß die Be-

dürfnisse des Reichs, der Einzelstaaten und der Gemeinden neue Einnahmen aus dem Brauntwein bedürfen; aber im Voraus diesbe-zuglich in Reich und Provinz zu bewilligen, dazu ist die Lage doch auch nicht angethan.

Neuere Telegramme der „Dresdner Nachr.“ vom 25. Mai.

Berlin. Dem Reichstage ging ein Bericht zu, seitens der preussischen Regierung, betreffend die Verhältnisse des neuen Ver-kehrs-Gesetzes über Eisenbahnen. Der Bericht schildert die be-trächtlichen Erfolge bei der letzten Reform-Session als sehr ein-zelne sozialdemokratische Agitationen. Im Jahre 1885 sind eine lebhaft große Vertheilung des Reichs „Sozialdemokrat“ statt. Die erste Vertheilung der Brauntweinsteuer wird fortgesetzt. Abg. Dr. Delbrück (Reichsp.) Die Vorlage ist unannehmbar. Die Steuererhöhung und Kontrollbestimmungen derselben bedeuten den Ruin der Industrie, namentlich der kleinen Brauereien. Hauptsächlich werde eine Konstitution der Brauntweinsteuer ergehen, welche den Konsum vermindert, die Industrie aber erhält. Bezüglich der Brauntweinsteuer empfiehlt sich das System der Abtastung wie in Bayern. Richter ist für ein Nothgesetz unter der Bedingung der sofortigen Kontingenterhebung auf ein oder zwei Jahre. — Finanz-minister v. Scholz, erklärt, daß nach dem Verlaufe der Debatte die Erwartungen auf das Zustandekommen des Gesetzes sehr be-trübt worden sind. Dr. Delbrück wolle die Brauntweinsteuer nicht nur vor Schaden bewahren, sondern in eine bessere Lage bringen, läßt aber dabei den Fiskus links liegen. Es ist erachtlich, daß das Centrum zu positiver Parteilichkeit bereit ist. Richter's Rede ist eigent-lich eine solche Verurteilung des Monopols gewesen, daß keine Unter-männer ihr Geld hätten dieser anwenden können als zur Agitation in der freireichlichen Zeitung. Die Vertheidigung wegen einer beschuldigten Plünderung wisse demagogisch, da sie geeignet sei, den Glauben zu erwecken, als beschuldigten die Brauntwein-steuer, das Geld in die eigenen Taschen zu stecken. Der Minister recht-fertigt das Bedürfnis der Reformen. Die Bedürfnisse seien namentlich auf dem Gebiete der Schule vorhanden. Die Einzel-staaten hätten die indirekten Steuern an das Reich abgegeben, damit sollte man aber nicht auf eine indirekte Steuer zu Gunsten der Einzelstaaten überhaupt verzichten. — Abg. Bod (So.): Die Vorlage ist eine neue Belastung der Arbeiter, deren Lebensunter-halt in Deutschland schlechter als anderswärts. Derselbe würde, der Steuerertrag sollte auch für die Sozialreform verwendet werden, das ist Alles Deutsche (Ordnungsm.). Nur Brauntwein brauche un-solange seiner schlechten Finanzwirtschaft Geld, Bayern habe Lebens-mittel, sollen etwa die Schulden der Rohstoffindustrie mit der Steuer getilgt werden? Für die preussischen Brauereien soll ganz Deutsch-land tributpflichtig gemacht werden! Wenn man von den Folgen des schlechten preussischen Jurets spricht, so solle man ihm doch ver-zichten. — Abg. Jörn v. Wald ist prinzipiell für die Vorlage. (Erlaubt-Verbringen) nähme gern Geld vom Reich. Abg. Richter (frei) erwidert in der Umkehrung des Finanzministers über die frei-reichliche Zeitung die Information, daß sich die freireichlichen be-ziehen lassen. Minister v. Scholz unterhalte die Revisionskom-mission. Richter habe seine „Arbeitszeitung“, Minister v. Scholz habe seinen „Schwaben“. Der Unterschied sei nur der, daß im ersten Falle die Unterhaltung aus privaten, dem Minister v. Scholz aus öffentlichen Geldern gelte. Richter wirft dem National-Liberalen vor, Vermittlung's Finanzpolitik verlassen zu haben, verlangt von dem Minister eine Garantie über die Bedürfnisfrage und will nicht weichen, sondern Thatsachen. — Abg. Buhl (nat-lib) ver-theidigt die National-Liberalen gegen die Vorwürfe des Reichstages. Die Fortschrittspartei habe früher eine höhere Brauntweinsteuer ge-fordert, jetzt wolle Richter nichts davon wissen. Die Debatte wird geschlossen und die Vorlage an eine Kommission von 25 Mitgliedern verwiesen. Der Präsident wird ermächtigt, die nächste Sitzung nach Beendigung der Kommissionsarbeiten einzuberufen.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus setzte die Vertheilung der Amal-Vorlage fort. Vom Abg. Dr. Winder-schütz lag ein Antrag vor, wonach die Vertheilung, in welcher der Rhein-Ems-Nal weiter fortgeführt werden soll, in dem Gesetz nicht angegeben, sondern nur genannt werden soll, daß die Verbindung in einer der Interessen der mittleren und unteren Klasse und die entsprechenden Werte zu er-folgen habe. Ferner beantragte Abg. Reichardt die Aufnahme der Vertheilung der Schiffahrt der oberen Oder in das Gesetz. Für die Vorlage, d. i. für die Aufhebung des Rhein-Ems-Nal und des Ober-Elbe-Verkehrs, sprach Abg. Reichardt (Centrum), v. Verba (nat-lib), Dr. Meyer-Dressau (frei), Rönne (nat-lib) und v. Wittgenrode. Gegen wurde die Vertheilung eines Rhein-Ems-Nal von den Abg. Claren (nat-lib), Amal (Cent) und Witten (son) bestritten, da dieser Kanal das Saargebiet schädigen würde. Minister v. Bötticher bestritt dies und erinnerte an das Dichtermotiv: „Wann mit ungetroffenen Tischen.“ — Dr. Jörn v. Wald sprach zu Leb. — Dand wird nur von Hand getrieben. — Wenn Du weichen willst, so geh.“ Schließlich wurde die Vorlage mit den oben-erwähnten Amendements mit überaus großer Mehrheit angenommen.

Berlin. Geh. Rath Prof. Dr. Bahl ist gestorben.

Der Reichsanzeiger“ publiziert das Nachrichten, welches vom 21. Mai datirt ist.

London. Gladstone hat sich nach dem heutigen Kabinetts-rath zu einer Audienz der Königin nach Windsor begeben.

Politisches und Sächsisches.

Der gestrige Tag, der 21. Geburtstag Sr. Maj. Hoheit des Prinzen Friedrich August, bezeichnet einen bedeutungsvollen Zeitabschnitt im Leben des künftigen Königs. Es ist der Beginn seiner Volljährigkeit. Wie das sächsische Volk überhaupt in treuer Liebe an den Ereignissen in seinem Regentenhaus heizlichen Antheil nimmt, so begehrte es auch den gestrigen Tag mit freudiger Bewegung. In der erlauchten Familie, welcher der jetzt voll-jährige Herzog zu Sachsen entsprossen, hat derselbe eine vorzügliche Erziehung und Bildung genossen, die ihn ganz besonders für den hohen Beruf befähigt haben, für welchen ihn die Vertheilung bestimmt zu haben scheint. Welchen großen Antheil daran die viel zu früh heimge-gangene Mutter des Prinzen, die unvergessliche Prinzessin Clara gehabt, ist bekannt. Prinz Friedrich August ist aufgewachsen in körperlicher Gesundheit und geistiger Frische als die Freude und der Stolz des ganzen Königs Hauses und die Hoffnung des getreuen Volkes der Sachsen. Ein erfruchteter Jüngling der Wissenschaften und fleißiger Hörer der Universitätskollagen, ist er zugleich ein Freund des echten Waffenhandwerks geworden, in welchem er an seinen förmlichen Oheim und erlauchtem Vater glänzende Vorbilder besitzt. Mancher Jüngling öffnet sich dem einfachen Weisheit, der von ihm allmählig bekannt wird, ist geeignet gewesen, ihn dem Herzen des Volkes näher zu bringen. Möge der Prinz, der von jetzt ab ein Mann geworden, auch seiner die edlen Eigenschaften des erlauchten Vaters der Welt mittheilen! Der hohe Festtag wurde in der prächtigen Villa zu Hofwitz ganz im ersten Familienkreise be-gangen. Seitens des in Sibirien weilenden Königs Paares traten in kräftiger Morgenstunde herzliche Glückwünsche ein, nicht minder die Trennung des Prinzen zum Hauptmann. Vom 1. Juni ab tritt Sr. Maj. Hoheit in den Genuss der prächtigen Pension, die bereits der letzte Landtag bewilligt hat. Der langjährige Kaiser und Vizekaiser des nunmehr unabhängig gewordenen Fürstentums, Prinz v. d. Plam, tritt in die Truppe zurück; dafür erhält der Prinz den Hauptmann v. Wagner als Adjutanten und als Beauftragter auf der großen Reise, die Anfang Juni nach dem Orient und Suberropa begonnen werden soll.

Bei den Tauffeierlichkeiten auf Schloß Albrechts-berg werden, wie verlautet, folgende fürstliche Personen anwesend sein: Die Mutter und der Bruder der Prinzessin von Altenburg; Ihre Maj. Hoheit die verwitwete Prinzessin Friedrich Karl und Prinz Leopold von Preußen; der Herzog und die Herzogin von Anhalt-Deschtern; der Erbprinz Friedrich und die Prinzessinnen Luise und Antoinette, die sämtlich in der preussischen Garde dienen; ferner der Herzog Ernst und die Herzogin Agnes von Sachsen-Altenburg, sowie der Erbprinz von Thüringen, endlich zur Vertretung des niederländischen Hofes die Frau Baronin von Wajter aus dem Haag. Die hohen Fürstlichkeiten wohnen sämtlich auf Schloß Albrechtsberg, wogegen die Kavaliere und Ehren Damen im Hotel Kronprinz absteigen werden. Die Ankunft der fremden Herrschaften wird am 21. Mai erfolgen, die Taufe soll am 2. Juni Nachmittags im Schloße Albrechtsberg vor sich gehen. Als Taufpaten werden wahrscheinlich fungieren: die Prinzessin Elisabeth Karl, der Herzog von Anhalt und der Erbprinz von Preußen nebst ihren Gemahlinnen.

Major v. der Blang, der militärische Beglei-ter Sr. Maj. Hoheit des Prinzen Friedrich August, erhielt das Comthurkreuz 2. Kl. des Albrechtsordens.

Am Montag Abend ist Herr Wehmer-Rath Vdr von Karls-bad wieder zurückgekehrt.

Landesynode. Den Gegenstand der geistigen Ver-handlungen bildete der Gegenstand über die Vertheilung evangelisch-lutherischer Geistlicher in Wartegeld. Durch dieses Gesetz soll dem Kirchendienst die Möglichkeit gegeben werden, sich zu vertheiligen, welche absolut dienstfähig sind oder durch Minderwertigkeit ihre Entlassung verweigern, oder aber durch längere Krankheit auf unbestimmte Zeit dienstunfähig geworden sind, durch Vertheilung in Wartegeld aus ihrem bisherigen Amte zu entfernen. Die Ver-theilung in Wartegeld soll in den Fällen angeschlossen sein, in welchen die geistlichen und kirchlichen Voraussetzungen zur Ernennung oder zur Amtsentlassung gegeben sind. Wegen gegen einen geistlichen Thatsachen vor, wegen deren wider ihn mit der Disziplinarmassnahme zu verfahren ist, so daß bis zu deren Aus-gang keine Vertheilung in Wartegeld nicht erfolgen. Vom Eintritte in das Wartegeld an ist der Geistliche von der Ausübung von geistlichen Amtshandlungen und von kirchlicher Thätigkeit in der-jenigen Pfarre, in welcher er angestellt war, entbunden; auch sollen mit diesem Tage die Dienstverträge incl. der Dienstwohnung endigen. Einem in Wartegeld versetzten Geistlichen sind während der Dauer dieses Verhältnisses 1/2 seines bisherigen Diensten-fommens incl. Wohnungsgewerth, mindestens aber der Betrag von 200 M. als Wartegeld zu gewähren. Ueber die Vertheilung eines Geistlichen in Wartegeld berichtet das Landeskonferenzamt nach vorgängigem Gehör des Geistlichen. Ferner soll die Vertheilung in Wartegeld aber als Disziplinarmassnahme aufzufassen sein. Amts-hauptmann Dr. Richter-Friedberg als Vertreter des Verwaltungsaus-schusses eröffnet die allgemeine Debatte mit einer längeren Notiz-berung des Auswahlgutachten, welches mit Ausnahme einiger weniger redaktionellen Änderungen die meisten Paragrafen des Entwurfs zur unveränderten Annahme empfiehlt. Die Debatte selbst, an welcher sich nicht weniger als 21 Synodalen betheiligten, bewegte sich hauptsächlich um eine Anzahl Bedenken hinsichtlich der Aufhebung des Gesetzes in der Öffentlichkeit als eine unzulässige Disziplinarmassregel, andererseits in einer Reihe von Beispielen und Befürchtungen hinsichtlich der Tragweite derselben für den geistlichen Stand selbst wie für die Kirchgemeinden. Abolut abgelehnt wurde die Forderung, einzelne Geistlichen gegen die Vorlage freizulassen als Ausnahme einer Bede, die immerhin dem kirchlichen Stande zuwider zu sein. Speziell betheiligten sich an der 2. Sitzung lebhaften Diskussion die Herren Synodalen Sup. Dr. Meyer-Dresden, Sup. Dr. Richter-Friedberg, Baurer Lehmann-Weiden, Sup. Dr. Paul-Verpzig, Amtshauptmann v. Witting-Schwabenberg, Baurer Friedrich-Strömchen, Prof. Dr. Luthardt-Leipzig, Sup. Meyer-Jordan, Sup. Ackermann-Weiden, Prof. Dr. Friede-Verpzig, Sekt. Weidauer-Roschen, Gemeindevorstand Weinhold-Burkersdorf, Hofrath v. Schmalz-Randitz etc. Nach Schluss der allgemeinen Debatte wurde auf Antrag des Anwesenden v. Erdmannsdorf die Spezialdebatte, für welche nicht weniger als 15 Unter-antägen bereits angemeldet sind, an heute Vorm. 11 Uhr vertagt.

Herr Sup. Dr. Dibelius hat den Eintritt in die Synode abgelehnt. Es kommt daher die Intention des Oberkon-sultants Dr. Franz zur Geltung, daß im Dresdener zweiten Wahlbezirk eine Neuwahl zu veranstalten sei. Diese Wahl dürfte nur für die Dauer der gegenwärtigen Synode ziemlich gegenstandslos sein, da dieselbe noch vor Pfingsten geschlossen wird. Die Amtsdauer der Synodalen umfaßt jedoch zwei Synoden und so er-regt diese Angelegenheit neues Interesse.

Friedrich & Glöckner,
Zingstergasse 15 — Schloßstraße 71 — a. Fabian
Lack-, Firnis-, Farb-, Lack- u. Speck-, Metallbedeckte Goldarbeiten.